

Dialog statt Diktat der Perfekten

Schweiz unterstützt den Aufbau des neuen Menschenrechtsrats mit begleitenden Initiativen

Die Schweiz wolle alles daran setzen, dass aus dem neuen Menschenrechtsrat der Uno ein effizientes Gremium mit grundlegend neuer Philosophie werde, sagt Aussenministerin Micheline Calmy-Rey.

Zuerst kommt der Stolz, dann aber vor allem die Arbeit. Zwar würdigte Aussenministerin Micheline Calmy-Rey gestern noch einmal die Wahl der Schweiz in den neuen Menschenrechtsrat der Uno: «Ausschlaggebend dafür war, dass die Schweiz als Land wahrgenommen wird, das die Menschenrechte selbst hochhält.» Doch ohne Verzug schiebt Micheline Calmy-Rey nach, dass die Schweiz auf dem Wahlerfolg keinen Augenblick ausruhen wolle. Sie gehe von einer «sehr prägenden, aktiven Rolle» der Schweiz aus. Schon am nächsten Montag organisiere die Schweiz in Lausanne ein informelles Seminar für die interessierten Staaten, sei es doch wichtig, vom ersten Moment an auf ein möglichst starkes Gremium hinzuwirken. Die Schweiz, so Calmy-Rey, gehe in diesem Zusammenhang freiwillig weit reichende Verpflichtungen ein. Sie habe beispielsweise schon vor ihrer Wahl zugesichert, dass sie auch ausserhalb des neuen Gremiums – im Rahmen der schweizerischen Aussenpolitik – auf die Achtung der Menschenrechte in den Nichtmitgliedstaaten hinwirken wolle. Ihr persönlich falle das leicht, denn sie sei sicher, «dass die Menschenrechte an Bedeutung gewinnen werden, weil ohne sie keine dauerhafte Entwicklung und kein dauerhafter Friede möglich ist».

Neu in Inland & Ausland:

Einbezug der Unvollkommenen

Wie wohl ist der Aussenministerin aber angesichts der Tatsache, dass im Menschenrechtsrat auch Staaten wie China und Kuba Einsitz nehmen? «Gar kein Problem», sagt Calmy-Rey. Sie begrüsse den Einbezug von Staaten, die ihre Menschenrechtssituation noch verbessern müssten: «Wir wollen nicht, dass die Perfekten den anderen einfach diktieren, wie sie die Menschenrechte umzusetzen haben.» Zum «unabdingbaren Philosophiewechsel» gehöre, viel stärker auf den Dialog zu setzen, statt «einander Lektionen zu erteilen». Letzteres trage oft nur zu Abwehrreaktionen bei. Die Abkehr von den alten, häufig kritisierten Verhaltensmustern der bisherigen Menschenrechtskommission sei wichtig und einer der Hauptgründe, warum die Schweiz von Beginn weg «sehr aktiv den Charakter des neuen Rates mitprägen will».

Losglück für die Schweiz

Dank etwas Glück kann die Schweiz übrigens drei Jahre lang versuchen, ihren Einfluss im Menschenrechtsrat geltend zu machen. Anderen ist dies nicht vergönnt, weil jedes Jahr ein Drittel des Rates ausgewechselt werden soll. Deshalb wurde unmittelbar nach der Wahl per Los entschieden, welche Länder bereits nach einem oder nach zwei Jahren ihre Sitze räumen müssen. Die Schweiz gehört zu jenen, die vorerst die volle Amtszeit von drei Jahren beanspruchen können. Das Rotationsprinzip, urteilt Calmy-Rey, sei eine gute Neuerung. Die Majorisierung des Menschenrechtsrates durch grosse, ständige Mitglieder könne so vermieden werden. Der dialogorientierte Ansatz werde so zusätzlich betont.

UNo-Menschenrechtsrat

Die ersten 47 Mitgliedstaaten

Für ein Jahr: Algerien, Argentinien, Bahrain, Ecuador, Finnland, Indien, Indonesien, Marokko, Niederlande, Philippinen, Polen, Südafrika, Tschechien, Tunesien.

Zwei Jahre: Brasilien, Frankreich, Gabun, Ghana, Grossbritannien, Guatemala, Japan, Mali, Pakistan, Peru, Rumänien, Sambia, Sri Lanka, Südkorea, Ukraine.

Drei Jahre: Aserbaidschan, Bangladesch, China, Deutschland, Djibouti, Jordanien, Kamerun, Kanada, Kuba, Malaysia, Mauritius, Mexiko, Nigeria, Russland, Saudi-Arabien, Senegal, Schweiz, Uruguay. (mul)

